

Ein neuer Akzent mag auch darin zu sehen sein, daß die Friedensbewegung der achtziger Jahre nicht mehr an schicksalhafte Zwänge und Unvermeidbarkeiten zu glauben geneigt ist, sondern klar und ungeniert zur Verantwortung aufruft. Eine aus religiösen Quellen geschöpfte Symbolwelt soll sensibilisieren und zur Aktion befähigen. Berrigan versucht, mit Sinnbildern christlicher Tradition eine produktive Utopie des Friedens zu entwerfen. Er ist überzeugt, daß die christliche Liturgie eine Fülle von Friedenssymbolen besitzt, aus denen sich für den Gläubigen Bewußtseinsveränderungen, Tugenden der Gewaltlosigkeit und Haltungen jenseits des bloßen Legalismus entwickeln ließen. Freunde setzen seine Ideen in der unterschiedlichsten Weise um. Vor dem Pentagon, für viele Pazifisten Ursymbol der Destruktivität, findet seit Monaten eine ständige Vigil statt – „Wachsamkeit angesichts des Bösen“. Gleichgesinnte lösen sich aus dem Besucherstrom zum Weißen Haus; in hastiger Arbeit schaufeln sie ein Grab auf dem wohlbehüteten Rasen des Präsidentensitzes – Symbol des Todes und, in Anspielung auf das leere Grab, Symbol des Lebens. Der Aschermittwoch des Jahres 1980 bot die Gelegenheit mit Hunderten von Friedensaktivisten gegen die Allianz zwischen Wissenschaft und Rüstung auf dem Gelände der Universität Berkeley zu protestieren; verstreute Asche sollte an Tod und Umkehr gemahnen. Berrigan, Ellsberg und Dellinger werden am 20. April 1980 auf den Stufen des Verteidigungsministeriums festgenommen, nachdem sie eigenes Blut auf die Stufen geschmiert haben. Die Welt der Symbole ist düster. Die damit verbundenen Vorstellungen sind apokalyptisch. Der Kampf gilt weniger den bewußt falschen Motiven als einem *technologischen Rationalismus*, der aus sich die

Technologie der Zerstörung entläßt. Ziel der Friedensaktionen soll es sein, die Tatsache von Schuld und Sünde und die Notwendigkeit von Vergebung, Verzeihung, Versöhnung herauszustellen. Wider vorausgesetzte Unschuld und angebliche moralische Überlegenheit soll eine Welt des Friedens entstehen.

Noch Subkultur

Die skizzierten Friedensvorstellungen entwickeln sich im Rahmen einer Subkultur. Der Majorität, die an rationale Alternativen zu denken gewohnt ist, erscheinen die vorgeschlagenen Wege oft irrational und unreal. Das Vertrauen auf Moral und Recht läßt sie eher daran denken, dem Gewissensspielraum im Einzelfall mehr Anerkennung zu verschaffen. Die politisch nicht ungefährliche Pardonierung der Wehrflüchtigen des Vietnamkrieges hat solche Überlegungen wiederum angestoßen. Andere betonen den Unterschied zwischen atomarem und nicht atomarem Krieg (Ellsberg, Walzer). Eine kleine Zahl von Theologen gibt sich der Hoffnung hin, man könne mit der eindeutigen Reflexion auf die Bedingungen eines Atomkrieges die Wahrscheinlichkeit eines solchen Krieges eindämmen (Paul Ramsey). Der Notwendigkeit von Friedensdiensten und Friedenspädagogik kann sich keiner verschließen. Was immer unternommen wird – selbst der Versuch, die moralischen Voraussetzungen des Krieges: Ungerechtigkeit, Gewalt, Unterdrückung, Fortschrittsgläubigkeit, Konsumzwänge, zu beseitigen –, verdankt der erstarkten Friedensbewegung starke Impulse.

Philipp Schmitz

Ungewohnte Diasporasition

Muslime in der Bundesrepublik Deutschland

Derzeit dürften nach Schätzungen etwa 1,5 Millionen Muslime in der Bundesrepublik Deutschland leben. Die mit Abstand größte Gruppe mit 1,3 Millionen stammt aus der Türkei. Die Zahl der Muslime aus Jugoslawien beträgt etwa 80 000. Der Rest setzt sich zusammen aus Marokkanern, Iranern, Tunesiern, Jordaniern, Pakistanis, Ägyptern, Syrern, Indonesiern, Algeriern, Iraki und kleinen Gruppen aus anderen Staaten. Unter den Deutschen selbst gibt es um ca. 1200 Muslime.

Ein Spiegelbild des Weltislam

Die Muslime in der Bundesrepublik sind ein *Spiegelbild des Weltislam*, d. h., alle Strömungen und Richtungen des Islam sind hier vertreten. Die Hauptgruppe bilden die Sunniten der hanefitischen Rechtsschule. Die nächst größere Gruppe dürften die bis zu 200 000 Aleviten aus der Türkei sein, die religiös den Schiiten nahestehen. Da ihre

religiöse Überzeugung in der Türkei nicht anerkannt ist, können sie sich – erstmals in ihrer Geschichte – als religiöse Gruppe artikulieren. Weiterhin gibt es kleinere Gruppen von Schiiten, insbesondere aus dem Iran und einige Tausend Anhänger der Ahmadiya-Bewegung, die jedoch vom Weltislam ausgeschlossen worden ist.

Die Gesamtzahl islamischer Gläubiger zeigt *zunehmende Tendenz*, die durch den Geburten- und Wanderungsüberschuß bei den Türken entsteht. Unter den Muslimen befinden sich fast eine halbe Million Kinder und Jugendliche. Über die Hälfte der türkischen Familien lebt schon zwischen sechs und zehn Jahren in der Bundesrepublik. Sie haben sich an die Erfordernisse der deutschen Arbeitswelt weitgehend angepaßt. Den Lebensbedingungen einer westeuropäischen, industriellen Gesellschaft jedoch nur so weit, wie sie es für unbedingt notwendig erachten. In der letzten Zeit ist der Eindruck entstanden, daß selbst diese Minimalanpassung an unsere Zivilisation wieder zurückgenommen wird. Als Indiz dafür wird häufig darauf hin-

gewiesen, daß türkische Frauen und Mädchen mehr als früher Kopftücher tragen, daß in einigen Firmen, die größere Gruppen von Türken beschäftigen, diese Arbeitnehmer es durchgesetzt haben, die Betriebsferien nicht in die Schulferien, sondern in den muslimischen Fastenmonat Ramadan zu legen, oder auch daß inzwischen einzelne Schulbehörden für Schulbezirke mit starker türkischer Bevölkerung mit Überlegungen begonnen haben, die Koedukation in der Grundschule und später auch in der Hauptschule abzuschaffen.

Die Mehrzahl der Muslime, insbesondere die Türken, sah sich durch Anwerbung als Arbeitskraft oder im Rahmen des Familiennachzugs innerhalb weniger Tage aus einer Umwelt, deren Kultur und Zivilisation ausschließlich vom Islam geprägt sind, in eine Gesellschaft versetzt, in der nach ihrem persönlichen Eindruck weder Islam noch irgendeine andere Religion eine Rolle spielt. Diejenigen, die die bundesdeutsche Gesellschaft als eine vom Christentum geprägte Kultur und Zivilisation verstehen, fühlen sich als Muslime sittlich höher stehend und mit ihrer gesamten Wertordnung als kultivierter im Vergleich mit der westeuropäischen Umwelt. Hinzu kommt, daß sie täglich feststellen müssen, wie Organisation und Struktur dieser Gesellschaft es unmöglich machen, die Einhaltung der bisher selbstverständlichen Hygiene- und Speisevorschriften sowie der Gebetszeiten und die traditionelle, auch religiöse Erziehung der Kinder zu gewährleisten. Die *ungewohnte Diasporasituation* zeigt den Muslimen immer wieder, was an religiösen und traditionellen Vorschriften und Gebräuchen selbstverständlich und fast unbewußt in das tägliche Leben integriert war. Nicht einmal dieses Minimum an Religionsausübung ist in der deutschen Gesellschaft ohne Mühe und ohne Abgrenzung von der Mehrheit einzuhalten; noch viel weniger ist eine genaue Befolgung aller Vorschriften des Korans möglich.

Bestrebt, ein Vakuum auszufüllen

So ist ein *Vakuum* entstanden. Religiöse Bedürfnisse, die in der Diaspora verständlicherweise sehr viel stärker auftreten können als in der Heimat, können kaum oder gar nicht befriedigt werden. Eine geordnete religiöse Infrastruktur, wie sie in der Heimat mehr oder weniger überall zur Verfügung steht, gibt es bisher in der Bundesrepublik nicht. Dieses Vakuum versuchen die „Islamischen Kulturzentren“ und andere islamische Vereinigungen durch ein Angebot von Gebetsräumen und Korankursen für Kinder und Jugendliche zu füllen. Die Hodschas, die Gebete und Unterricht leiten, sind weithin überfordert, da sie diese Funktionen in der Mehrheit ehrenamtlich ausüben und sich ihre Bildung kaum von der eines durchschnittlichen Arbeiters unterscheidet. Hinzu kommt, daß türkische Gruppen des rechten bis rechtsextremen Spektrums erkannt haben, daß gerade die Muslime, die nicht vorbereitet sind, sich in einer nicht-islamischen Welt zurechtzufinden, besonders aufnahmebereit sein können für einseitige religiöse oder nationalistische Zielsetzungen. So ist in der Öff-

entlichkeit der Eindruck erzeugt worden, daß praktizierende Muslime gleichzusetzen seien mit politisch rechtsextremen Gruppen. Gleichzeitig werden diejenigen als westlich orientiert und fortschrittlich und aufgeschlossen dargestellt, die sich „von den fortschrittschhemmenden, konservativen Zwängen des Islam befreit“ haben. Wenn auch sowohl unter den religiös „gleichgültigen“ als auch unter den religiös praktizierenden Muslimen starke *Gruppenrivalitäten* zu beobachten sind, so sind doch die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden großen Gruppen in der letzten Zeit deutlich heftiger geworden. Jetzt bekanntgewordene Erkenntnisse des Verfassungsschutzes bestätigen dies.

Die Probleme, die *praktizierende* Muslime bei uns haben, und die Erwartungen, die sie gegenüber der bundesdeutschen Gesellschaft haben, sind in den letzten Jahren deutlich geworden. Dies ist zunächst an der heftig geführten Diskussion um die sogenannten *Koranschulen*, die genauer als Korankurse bezeichnet werden sollten, erkennbar geworden. In diesen Korankursen, die von den schon erwähnten Hodschas geleitet werden, soll den Kindern das Lesen des Koran und teilweise Auswendiglernen in Arabisch sowie einige Grundbegriffe der Religionslehre und -ausübung vermittelt werden. Auch Muslime wissen und kritisieren selbst, daß diese Unterweisung meist dilettantisch und mit pädagogisch teilweise bedenklichen Mitteln erteilt wird. Eine Erhebung des Hamburger Senats zur Frage der „Koranschulen“ bestätigt zwar diese Kritik, kommt aber nicht zu Erkenntnissen, welche die vielfach übertriebenen Darstellungen in den Medien bestätigen könnten. Ein islamischer Sprecher formulierte das Bedürfnis so: „Wir richten uns in der Bundesrepublik auf eine Dauerpräsenz ein. Daher liegt uns besonders die Zukunft unserer Kinder am Herzen. Sie müssen in ihrer Religion so unterrichtet werden, daß sie den Anforderungen der modernen Gesellschaft gewachsen sind. Wenn sie deutsche Bürger werden wollen, legen wir ihnen nichts in den Weg. Es kommt uns auf den Islam an und nicht auf die Nationalität seiner Gläubigen.“

Inzwischen gibt es erste konkrete Überlegungen in einigen Bundesländern, *islamischen Religionsunterricht* einzuführen, um diesem Anliegen muslimischer Eltern Rechnung zu tragen. Die praktische Durchführung wird viele Probleme mit sich bringen, die jedoch im allgemeinen Interesse bewältigt werden müssen: z. B. die Sicherstellung, daß die Religionslehrer ordentlich ausgebildet werden, die Gewährleistung der deutschen Schulaufsicht, die Frage der Prüfung der Lehrmittel und Unterrichtspläne und einiges andere mehr.

Ein breites Feld öffentlicher Diskussion bildet die Antragstellung islamischer Organisationen auf *Anerkennung als Körperschaften öffentlichen Rechts* analog den christlichen Kirchen. Ein solcher Antrag, gestellt durch das „Islamische Kulturzentrum Köln“, liegt derzeit bei der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen vor. Bisher ist darüber noch nicht entschieden worden. Angesichts des Staats- und Gesellschaftsverständnisses des Islam ist es bemerkenswert, daß zumindest eine islamische Gruppierung

einen Antrag gestellt hat, dessen positive Bescheidung eine gewisse Verpflichtung zur Kooperation mit einem Staat zur Konsequenz hätte, der Muslimen mindestens fremd ist, wenn er nicht gar in seiner Organisation der Trennung von Staat und Kirche bzw. Religion von ihnen abgelehnt wird. Es gibt erste Anzeichen, daß die Antragsteller dieses zu sehen beginnen. Erste, vorsichtige Rückzugsgefechte sind zu beobachten.

Neuerdings gibt es auch Stimmen aus dem muslimischen Bereich, die *Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen* für religiöse Sendungen fordern. Auch wurde schon der Anspruch formuliert, daß Muslime in den Rundfunk- und Fernsehräten vertreten sein müßten. Die Anerkennung islamischer Feiertage, wie immer dies geschehen soll, ist ein Anliegen von Muslimen, das schon länger vorgetragen wird. Der Wunsch nach gleichberechtigter Mitsprache in den Institutionen der deutschen Gesellschaft sowie die Anerkennung der Ansprüche einer Religionsgemeinschaft im öffentlichen Leben wird von den Muslimen künftig in vielen Einzelpunkten gefordert werden. Es zeichnen sich bereits Tendenzen ab, in den Bereichen, die bisher weitgehend von Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen belegt sind, islamische Parallelstrukturen zu bilden. So gibt es bereits konfessionelle Kindergärten, die zwischen 75 und 90 Prozent türkische Kinder haben. Angesichts dieser Tatsache ist es keine Utopie, sich vorzustellen, daß eines Tages in solchen Stadtvierteln, wo viele Türken wohnen, „islamische Kindergärten“ entstehen könnten. Gleiches gilt gegenüber der strukturellen Überforderung der Arbeiterwohlfahrt in der sozialen Beratung für die Türken: Es könnte sich in absehbarer Zeit ein *islamischer Wohlfahrtsverband* bilden. Diese Vorstellung ist um so weniger utopisch, als in der islamischen Welt wohltätige Stiftungen weit verbreitet sind. Es ist davon auszugehen, daß die

Muslime in Zukunft versuchen werden, alles, was Kirchen und gesellschaftliche Gruppen in der deutschen Gesellschaft an Möglichkeiten haben, auch zu bekommen.

Der „amtliche“ Islam wird aktiv

Seit kurzer Zeit hat auch die *türkische Regierung* erkannt, daß unter ihren Staatsangehörigen in Westeuropa, besonders bei der großen Zahl in der Bundesrepublik, religiöse Bedürfnisse, die nicht befriedigt werden, eine Quelle des Unfriedens werden könnten. Die in der Bundesrepublik gegründeten islamischen Organisationen repräsentieren, im Grunde genommen, Sekten, wie z. B. die Sueleymanli-Bewegung und die Nurdschuluk-Bewegung. Die islamische „Amtskirche“, wie z. B. der „Islamische Rat“ in Ankara, sind bisher in der Bundesrepublik nicht präsent. Der Islamische Rat ist eine staatliche, unmittelbar dem türkischen Ministerpräsidenten nachgeordnete Behörde für religiöse Angelegenheiten. Er repräsentiert die Zusammenfassung aller muslimischen Gruppierungen und ist zuständig für die Ausbildung islamischer Theologen und Religionslehrer. Außerdem unterstehen ihm alle Geistlichen. Der Islamische Rat unternimmt zur Zeit alle Anstrengungen, um religiöse Räte oder Kontaktstellen in der Bundesrepublik zu bilden.

Im allgemeinen Interesse ist es zu begrüßen, daß Muslime beginnen sich zu strukturieren, dies würde einem geordneten und vor allem friedlichen Miteinander von Christen und Muslimen, von Deutschen und Türken förderlich sein. Die Muslime stehen vor einer für sie neuen Situation: Erstmals befinden sich so viele Gläubige in der Diaspora. Allmählich erkennen die Verantwortlichen, daß der Islam neue Wege gehen muß.

Gabriele Erpenbeck

Brennpunkte

„Mission im Gegenverkehr“

Zur Sechsten Weltmissionskonferenz in Melbourne

„Wir beten ‚Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel so auf Erden‘ und leben nach dem Motto ‚mein Reich komme, mein Wille geschehe an meinem Ort wie in der Bundesrepublik Deutschland so in den USA oder China oder der Sowjetunion‘. Wir sagen, wir hätten ein Evangelium vom Gottesreich zu predigen und predigen alles unter der Sonne, nur nicht den ‚gekreuzigten Christus‘. Wenn wir überhaupt einen gekreuzigten Christus predigen, dann ist er ein gezähmter Christus, der unserem

luxuriösen Lebensstil, dem gleichgültigen Spießbürgertum und dem eigensüchtigen Konfessionalismus kein Hindernis in den Weg stellt...“ – Mit dieser in immer neuen Varianten vorgetragenen Attacke gegen die mangelnde Leidens- und Opferbereitschaft vieler Christen und Kirchen – ihre Begabung, sich bequem einzurichten mit der „billigen Gnade“ Gottes traf der Metropolit *Geevarghese Mar Ostathios* ins Zentrum des Tagungsthemas. Denn wenn man die zwölf-tägige Weltmissionskonferenz des